

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-4554 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 24.08.2017

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am Dienstag, 29. August 2017, um 17:00 Uhr, Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 13.06.2017
- 2. 16-S-00-0020

Wahl eines Verwaltungsbediensteten zum weiteren Schriftführer

3. 17-V-67-0010 DL 26/17-18

Entwicklungskonzept 2022 für den Tier- und Pflanzenpark Fasanerie Wiesbaden

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 29. August 2017

4. 17-F-21-0076

Artenvielfalt in Wiesbaden - Bericht zur Bedeutung des Wellritztals - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis90 /DIE GRÜNEN vom 15.08.2017 -

Die Meldungen über den dramatischen Rückgang insbesondere an Insekten belegen, dass dringender Handlungsdruck besteht. Es scheint daher dringend geboten, diejenigen Flächen, die für eine effektivere Bestandssicherung geeignet erscheinen zu identifizieren und die jeweiligen Möglichkeiten, dem Artenrückgang entgegenzuwirken, aufzuzeigen. Eine solche Möglichkeit könnte sein, auch die Grünzüge in der Stadtperipherie, die derzeit nicht intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, in ihrer Funktion als Lebensraum für Insekten zu stärken.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit am Beispiel des Wellritztales dessen Funktion, Bedeutung und Einbettung in das städtische Ökosystem vorzustellen, sowie
- 2. Möglichkeiten aufzuzeigen, dieses Gebiet im Sinne der Sicherstellung der Artenvielfalt, beispielsweise durch die Anlage von Insektenwiesen, aufzuwerten.

5. 17-F-33-0006

Erarbeitung einer Katzenschutzverordnung für die Landeshauptstadt Wiesbaden - Antrag der CDU- und SPD-Fraktionen vom 23.08.2017 -

In den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 28. Juni 2016 und am 14. März 2017 wurde die Erarbeitung einer Katzenschutzverordnung beschlossen.

Der Umweltausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. zu berichten wie weit die Erstellung der Verordnung vorangeschritten ist und
- 2. die Regelung zur endgültigen Beschlussfassung dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit vorzulegen.

5.1 16-F-02-0003 ANLAGE

Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen mit unkontrolliertem Freigang in Wiesbaden - Bericht des Dezernates II vom 18.08.2017 -

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 29.08.2017 -

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 29. August 2017

6. 17-F-29-0004

Einrichtung eines Klimaschutzbeirats

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU vom 22.08.2017 -

Die Umsetzung des Wiesbadener Integrierten Klimaschutzkonzeptes sollte nach dem Beispiel anderer Kommunen wie Mainz, Frankfurt oder Darmstadt durch einen Klimaschutzbeirat begleitet werden. Dieser Beirat sollte unter Einbeziehung der maßgeblichen Akteure der Stadtgesellschaft schnellstmöglich eingerichtet werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

- Der Magistrat wird gebeten, eine Vorlage zur Einrichtung eines Klimaschutzbeirats nach Hessischer Gemeindeordnung zu erarbeiten und diese den städtischen Gremien zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.
- 2. Der Ausschuss empfiehlt,
- a) den Klimaschutzbeirat auf 15 Personen/Institutionen zu begrenzen, darunter sollten sein: Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen
- Verkehr,
- Industrie,
- Handwerk,
- Wohnungswirtschaft,
- Energieversorgung,
- · Wissenschaft,
- Verbände/NGOen.
- b) Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik im Klimaschutzbeirat ein Rederecht ohne Stimmrecht einzuräumen.

7. 17-F-10-0017

Gefahren durch Nutrias in hessischen Kommunen

- Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.08.2017 -

Im Wiesbadener Kurier vom 04. Juli 2017 wurde von der Ausbreitung der Nutrias und den damit einhergehenden Gefahren berichtet. So ist es laut dem Deutschen Jagdverband (DJV) zu einer Verdopplung des Vorkommens der Nager in neun Jahren gekommen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Sauberkeit wolle beschließen:

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 29. August 2017

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. eine Einschätzung zum Aufkommen der Nutrias in Wiesbaden abzugeben und sofern diese kritisch ausfällt im Folgenden auszuführen,
- 2. welche Gefahren für die Pflanzen- und Tierartenvielfalt und den Hochwasserschutz, die von den Nutrias ausgehen, derzeit in Wiesbaden bestehen und
- 3. welche Befugnisse die Stadt Wiesbaden vor dem Hintergrund der europäischen Verordnung Nr. 1143/2014 über "die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten" innehat.

8. 17-F-05-0025

Keine Abstriche beim Trinkwasserschutz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 21.08.2017 -

Der Grundwasserqualität kommt eine besondere Bedeutung für eine sichere Trinkwasserversorgung zu und nicht ohne Grund nimmt der Schutz von Trinkwasser in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert ein. Daher hat die öffentliche Trinkwasserversorgung in Schutzgebieten Vorrang vor anderen Nutzungen auf diesen Flächen (DIN 2000). Dass der berechtigte Stellenwert des Trinkwasserschutzes in Wiesbaden nicht immer die Berücksichtigung gefunden hat, die ihm zukommen sollte, konnte man zuletzt bei der Diskussion um den Bau von Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm beobachten. Vor diesem Hintergrund gilt es, Bau und Betrieb der geplanten Citybahn vor allem nach Bad Schwalbach zu prüfen.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1. ob und welche Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete durch Bau- und/oder Betriebsmaßnahmen der Citybahn betroffen sind.
- 2. in welchem Rahmen die Wasserversorgungsunternehmen (WI/RTK) in die Planungen mit einbezogen werden.
- 3. welche Maßnahmen von Seiten der Stadt ergriffen werden, um den Trinkwasserschutz in den betroffenen Gebieten zu gewährleisten.
- 4. auf welche Summe sich die Kosten des Trinkwasserschutzes während des Baus und Betriebes der Citybahn belaufen würden.

9. Straßenreinigungssatzung - Sachstand

10. 17-V-61-0025

Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs "Erbenheim-Süd" im Ortsbezirk Erbenheim - Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 29.08.2017 -

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 29. August 2017

11. Verschiedenes

11.1 17-F-21-0003 ANLAGE

"Paten-Streuobstwiese für Neugeborene"
-Beschluss Nr. 37 vom 14.03.2017 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit-

Tagesordnung II

1. 17-F-08-0033 ANLAGE

Definition, Zuständigkeit und Gebührenbedarfsrechnung beim Straßenbegleitgrün - Bericht des Dezernates II vom 01.08.2017 -

2. 17-V-20-0014 DL 24/17-5

Investitionscontrolling 1. Quartal 2017

3. 17-V-36-0008 DL 26/17-2 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.06.2017

4. 17-V-67-0004 DL 25/17-12

Sanierung der Unterkünfte des Grünflächenamtes

5. 17-V-67-0008 DL 25/17-13

Anerkennung von zusätzlichem Personalbedarf bei 6702

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen Vorsitzender Seite 6 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 29. August 2017